

CDU bemängelt unklare Kosten

Die CDU hat Grün-Rot vorgeworfen, die Öffentlichkeit über die Kosten der geplanten Polizeireform im Unklaren zu lassen. „Sie wollen die Reform, koste es was es wolle“, monierte Thomas Blenke (CDU) am Mittwoch in Stuttgart. „Wir fürchten, dass hier ein riesen ungedeckter Wechsel auf den Landeshaushalt eröffnet wird.“

Der Grünen-Abgeordnete Uli Sckerl erwiderte, die Höhe der erforderlichen Anschubfinanzierung könne erst in einigen Monaten bekanntgegeben werden; sie werde aber durch Synergieeffekte mittelfristig ausgeglichen. Die schwarz-gelbe Koalition habe eine völlig unterfinanzierte Polizei in einer historisch überholten Aufstellung hinterlassen, beklagte Sckerl. Der Polizei fehlten aktuell 500 Millionen Euro.

Innenminister Reinhold Gall (SPD) rief seinen Kritikern entgegen: „Ich weigere mich, so, wie Sie es gemacht haben, einfach weiterzuwursteln und Löcher zu stopfen.“ Vor einigen Wochen hatte Gall die Anschubfinanzierung bei der Reform auf 120 bis 170 Millionen Euro beziffert.

Gall will die Führung der Polizei verschlanken und auf diese Weise etwa 860 Beamte mehr auf die Straßen bringen. Kern der Reform ist die Verschmelzung der vier Landespolizeidirektionen mit den 37 Polizeipräsidiien und -Direktionen zu nur noch 12 regionalen Präsidiien.

Die CDU wirft Gall „Zentralisierungswahn“ vor

Nach Angaben von Blenke sind von den Plänen 4000 Kriminalbeamte und Verwaltungsbeschäftigte direkt betroffen. Ganze Landstriche würden von Kriminalpolizei leergefegt, kritisierte der Christdemokrat. Diese lägen ausschließlich im ländlichen Raum. Die Belange des Personals habe Gall in seinem „fast schon Zentralisierungswahn“ nicht berücksichtigt: „Erwarten Sie im Ernst, dass die alleinerziehende Mutter, die bei der Polizeidirektion Freudenstadt teilzeitbeschäftigt ist, künftig für vier Stunden täglich nach Tuttlingen ins Präsidium fährt, weil ihre Stelle jetzt dort ist?“

Auch der FDP-Abgeordnete Ulrich Goll erwartet einen „unsinnigen“ Pendelverkehr der Beamten - nicht etwa auf Streife im Dienst, sondern auf dem Weg zur Dienststelle.

Nikolaos Sakellariou (SPD) räumte ein: „An der einen oder anderen Stelle wird es auch schmerzen. Aber wenn wir nichts machen, wird es richtig schmerzhaft.“ Angesichts eines Anteils von 40 Prozent Beamten, die in den nächsten zehn Jahren in Pension gingen, müssten Strukturen gestrafft werden.

Ähnliche Pläne habe auch die schwarz-gelbe Vorgängerregierung gehabt, allerdings habe ihr der Mut zur Umsetzung gefehlt: „Deswegen lassen Sie mich mit ihrer Vergangenheitsbewältigung in Ruhe.“ Zudem könnten die betroffenen Beamten in einem sogenannten Interessenbekundungsverfahren angeben, in welcher Reihenfolge sie welche Veränderung mit ihren eigenen Plänen am besten in Einklang bringen könnten.

Autor: dpa, 23.05.2012 19:43 Uhr

Quelle aus Stuttgarter Zeitung vom 23.05.2012 19:43 Uhr

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.polizeireform-cdu-bemaengelt-unklare-kosten.5773961c-2938-48ee-97aa-4b30c684c16b.html>